

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	23
Tabellenverzeichnis	25
Einführung	27
A. Hintergrund und Zielsetzung der Arbeit	27
I. Gesellschaftliches Klima und die Rolle der Medien	27
II. Politischer Hintergrund	29
III. Zielsetzung der Untersuchung	30
B. Gang der Arbeit	31
C. Methodik der empirischen Untersuchung	33
I. Forschungsfragen	34
II. Stand der empirischen Forschung in Deutschland	35
III. Methodische Herangehensweise	39
1. Begründung der Wahl der Methoden	39
2. Das methodische Vorgehen	39
a) Aktenanalyse	40
aa) Sample	40
bb) Qualitative und quantitative Kodierung; Auswertung	42
b) Qualitative Experteninterviews	44
aa) Sample	44
bb) Design der Interviewleitfäden	45
cc) Durchführung und Auswertung der Interviews	46
IV. Limitationen der Forschung	46
1. Teil: Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung	49
A. Problemaufriss	49
B. Begriff und Bedeutung der sexuellen Selbstbestimmung	52
I. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	52

II. Sexuelle Selbstbestimmung als Schutzgut	55
1. Das spezifische Unrecht von Sexualdelikten	55
a) Sexualdelikte als Körperverletzungsdelikte	55
b) Typische Folgen der Taten für Geschädigte	56
c) Unrechtskern der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung	58
2. Schutzdimensionen der sexuellen Selbstbestimmung	61
a) Angriffe auf die Sexualautonomie eines Menschen	62
b) Bezug zur sexuellen Sphäre	64
aa) Körperliche Eingriffe	64
bb) Nicht-körperliche Eingriffe und Konfrontationsschutz	65
aaa) Perpetuierung der Verletzung	66
bbb) Aufdrängen von und Konfrontation mit Sexualität	67
c) Schlussfolgerung	68
3. Ergebnis	68
C. Pönalisierung von Eingriffen in die sexuelle Selbstbestimmung	68
I. Probleme der Konkretisierung einer selbstbestimmten Entscheidung	69
1. Basales Autonomieverständnis als Ausgangspunkt	69
2. Innere Anforderungen an das Vorliegen einer Zustimmung	72
3. Selbstbestimmte Entscheidungen im sozialen Kontext	75
II. Konsequenzen für das Verständnis auf tatbestandlicher Ebene	77
1. Ansätze in anderen Rechtsordnungen	77
2. Begründung eines negativ-normativen Begriffsverständnisses	80
3. Reichweite und Grenzen des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung	82
III. Zwischenfazit	86
D. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	86
2. Teil: Sexuelle Übergriffe im Lichte des geltenden Rechts	89
A. Der Begriff der sexuellen Handlung	89
I. Arten der sexuellen Handlung	90

II. Sexuelle Konnotation	91
1. Maßgeblichkeit des objektiven Erscheinungsbildes	91
a) Kontextunabhängig sexuelle Handlungen	91
b) Kontextabhängig sexuelle Handlungen	92
c) Zwischenergebnis	95
2. Subjektive Anforderungen auf Seiten des Täters	95
a) Folgen einer fehlenden sexuellen Motivation	95
b) Vorliegen einer sexuellen Motivation bei fehlendem objektiven Sexualbezug	97
3. Berücksichtigungsfähigkeit der Opferperspektive	97
4. Zwischenergebnis	98
III. Erheblichkeitsschwelle	98
1. Bagatelldgrenze	99
2. Relativer Rechtsgutsbezug	99
B. Die Implementierung der „Nein heißt Nein“-Lösung	100
I. Der entgegenstehende Opferwille	101
1. Dogmatische Einordnung des ablehnenden Willens	101
a) Zur Abgrenzung von Einwilligung und Einverständnis	102
b) Konsequenzen für das Verständnis des entgegenstehenden Willens in § 177 Abs. 1 StGB	103
2. Relevanz von Willensmängeln	108
a) Täuschungen als Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung	109
aa) Pönalisierung einer Täuschung über eine notwendige Bedingung für den Sexualkontakt	109
bb) Differenzierung nach dem Rechtsgutsbezug	110
aaa) Täuschung über das Vorliegen eines Sexualbezugs	110
bbb) Identitätstäuschungen	111
ccc) Täuschungen über für die sexuelle Handlung bedeutsame körperliche Umstände	111
ddd) Täuschungen über sonstige Motive und Absichten	112
cc) Stellungnahme	112
dd) Ergebnis	117

b)	Grundsätzliche Straflosigkeit von Täuschungen de lege lata	118
c)	Strafbarkeit einer Verhütungslüge de lege lata	121
aa)	Strafbarkeit von Täuschungen beim Einsatz von Kondomen	121
aaa)	Stealthing	121
(1)	Das spezifische Unrecht des Stealthing	122
(2)	Strafbarkeit nach § 177 Abs. 1 StGB	123
(3)	Exkurs: Stealthing als Vergewaltigung?	127
bbb)	Das absprachewidrige Verwenden eines Kondoms	129
ccc)	Manipulation eines Kondoms	129
bb)	Strafbarkeit einer Verhütungslüge im Übrigen	130
d)	Zwischenergebnis	132
II.	Erkennbarkeit des Gegenwillens	132
1.	Ausdrückliche oder konkludente Äußerung des entgegenstehenden Willens	133
2.	Maßgeblicher Empfängerhorizont für das Verständnis der Erklärung	135
a)	Subjektive Auslegung	135
b)	Objektive Auslegung	137
c)	Verständnis eines Dritten in der Situation des Täters	137
d)	Zwischenergebnis	139
3.	Bezugspunkt des ablehnenden Willens	139
4.	Zeitpunkt der Ablehnung	141
III.	Umstrittene Fallgruppen des Vorliegens eines erkennbaren Gegenwillens	143
1.	Ambivalentes Verhalten	143
a)	Die Rechtsprechung des BGH zur Ambivalenz	144
aa)	Der Bamberger Chefarzt-Fall	144
bb)	Ambivalenz bei der Vornahme der sexuellen Handlung an sich selbst	145
b)	Lösungsansätze	146
aa)	Abgrenzung zwischen einer selbst- und einer fremdbestimmten Willensänderung	147
bb)	Gesamtbetrachtung	147
cc)	Rational Choice-Ansatz	148
dd)	Verneinung einer Strafbarkeit	149

ee) Verlagerung der Problematik auf den Tatzeitpunkt	150
c) Stellungnahme	150
2. Überredung in Paarbeziehungen	152
3. Zurückhaltung und Passivität	153
4. Berücksichtigung der Rahmenbedingungen des Sexualkontakts	154
IV. Tathandlungen	155
1. Vornahme der sexuellen Handlung	156
2. Vornehmenlassen einer sexuellen Handlung	156
3. Bestimmen zu einer sexuellen Handlung	160
V. Nachweis des Tätersvorsatzes	161
1. Friktionen durch den Vorsatz bezüglich der Erkennbarkeit für einen Dritten	162
2. Irrtümer über den entgegenstehenden Willen	164
VI. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	165
C. Strafbarkeit des sexuellen Missbrauchs	166
I. Unmöglichkeit der Bildung oder Äußerung eines entgegenstehenden Willens	166
1. Geschützter Personenkreis	167
a) Personen mit geistiger oder seelischer Erkrankung oder Behinderung	167
b) Körperlich behinderte Personen	170
c) Minderjährigkeit	171
d) Personen mit tiefgreifender Bewusstseinsstörung	172
e) Einbeziehung von Angstzuständen und Gewaltanwendungen	173
2. Ausnutzen der Unfähigkeit zur Willensbildung oder -äußerung	175
3. Restriktive Auslegung des Tatbestandes bei konsentierten Sexualkontakten?	176
a) Fortführung von sexuellen Beziehungen trotz Behinderung	177
b) Sexualkontakte mit schlafenden Intimpartnern	178
c) Zwischenergebnis	181

II. Einschränkung der Willensbildung oder -äußerung durch die körperliche oder physische Konstitution	182
1. Erhebliche Einschränkung aufgrund der körperlichen oder psychischen Konstitution	183
2. Ausnutzen dieses Umstands	184
3. Bedeutung der „(Nur) Ja heißt Ja“-Lösung	184
4. Sonderproblem: Sexualekontakte im Zustand der Intoxikation	186
a) Kommunikation während der sexuellen Handlung	188
aa) Grundsätzliche Beachtlichkeit geäußerter Ablehnung	188
bb) Relevanz geäußerter Zustimmung	189
b) Kommunikation vor der sexuellen Handlung	190
5. Subjektiver Tatbestand	191
III. Ausnutzen eines Überraschungsmoments	192
1. Tathandlungen	192
2. Auslegung des Überraschungsmoments	193
3. Abgrenzung zur sexuellen Belästigung	194
4. Anforderungen an das Ausnutzen	195
D. Pönalisierung der sexuellen Nötigung und nötigungsähnlicher Konstellationen	196
I. Die Nötigungstatbestände des § 177 Abs. 2 Nr. 4, 5 StGB	197
1. Drohung mit einem empfindlichen Übel	197
a) Drohung	198
b) Die Empfindlichkeit des Übels	200
aa) Auslegung des Tatbestandes durch die herrschende Meinung	200
aaa) Verständnis der Empfindlichkeit	201
bbb) Problematik der fehlenden Verwerflichkeitsprüfung	202
ccc) Notwendigkeit einer sexualstrafrechtsautonomen Auslegung	203
bb) Weitere Ansätze zur Auslegung des empfindlichen Übels	204
aaa) Einbeziehung aller inkonnexen Drohungen	205

bbb)	Differenzierende Auffassungen	206
(1)	Einbeziehung rechtmäßigen Unterlassens in Ausnahmefällen	206
(a)	Besondere Nötigungssituationen nach der „natürlichen Auffassung des täglichen Lebens“	206
(b)	Sozialadäquanz der Willensbeeinflussung	207
(c)	Kritik: Zu weite Einschränkung der positiven Sexualautonomie	208
(2)	Anknüpfung an die faktische Möglichkeit, das Übel herbeizuführen	209
(a)	Herrschaftsmacht des Drohenden	210
(b)	Setzungsmacht in Bezug auf den Übeleintritt	211
(c)	Anhaltender Einfluss auf die Übelzuführung	212
(d)	Schaffung der Notlage durch den Drohenden	213
(e)	Kritik: Zufällige Abgrenzungskriterien	213
ccc)	Konzept der freiheitsbeschränkenden und wucherischen Nötigung	214
ddd)	Differenzierung zwischen starken und schwachen Drohungen	215
eee)	Rechtspflichttheorie	216
cc)	Schlussfolgerung	219
c)	Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	219
2.	Klima der Bedrohung	220
a)	Nötigungssituation	221
aa)	Anforderungen an ein Klima der Bedrohung	221
aaa)	Abgrenzung zur konkludenten Drohung	222
bbb)	Konkretisierung des Klimas der Bedrohung	223
bb)	Fortwirkung der Drohkulisse und Versöhnungsphasen	225

cc) Ausdehnung der Fallgruppe auf frühere Gewaltanwendung ohne Sexualbezug	225
b) Zusammenhang zwischen Übelseintritt und dem die Nötigungssituation Ausnutzenden	227
c) Auslegung des zu leistenden Widerstands	228
3. Verhältnis der Nötigungstatbestände zu § 177 Abs. 1 StGB	229
II. Sexueller Übergriff unter Einsatz eines Nötigungsmittels	229
1. Gewalt	230
a) Auslegung des Gewaltbegriffs	230
aa) Wegfall des Finalitätserfordernisses	231
bb) Konsequenzen für den Begriff der Gewalt	231
aaa) Erfordernis einer körperlichen Kraftentfaltung	232
bbb) Verletzung weiterer Rechtsgüter	234
b) Problematik des geänderten Bezugspunkts vor dem Hintergrund des Schutzguts	237
aa) Begründung eines Eingriffs in die sexuelle Selbstbestimmung bei nötigender Gewalt	237
bb) Schutzlücken durch die Ausgestaltung als Qualifikation	239
2. Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben	240
3. Ausnutzen einer schutzlosen Lage	241
a) Beeinträchtigung der Sexualautonomie durch die Ausnutzung schutzloser Lagen	241
b) Pönalisierung de lege lata	242
aa) Kenntnis der schutzlosen Lage aus Sicht des Opfers	243
bb) Ausnutzen durch den Täter	244
c) Wegfall des Nötigungselements vor dem Hintergrund des Schutzguts	245
E. Auswirkung der Reform auf die Strafzumessungsregeln	246
I. Besonders schwere sexuelle Übergriffe	246
1. Vergewaltigung	246
a) Beischlaf, beischlafähnliche Handlungen und besondere Erniedrigung	247
b) Erforderlichkeit einer eigenhändigen Begehungsweise	249

c) Vergewaltigungen ohne Nötigungselement	250
2. Gemeinschaftliche sexuelle Übergriffe	252
II. Minder schwere Fälle	252
F. Konsequenzen für die bisherigen Qualifikationstatbestände	254
I. Sexuelle Übergriffe mit Waffen und (gefährlichen) Gegenständen	254
1. Waffen und gefährliche Werkzeuge	254
a) Erfasste Gegenstände	254
b) Beisichführen	255
c) Verwenden	257
2. Sonstige Werkzeuge oder Mittel	259
II. Sexuelle Übergriffe unter schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Integrität	260
1. Herbeiführung der Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung	260
2. Schwere körperliche Misshandlung	261
3. Herbeiführung einer Todesgefahr	262
4. Verursachung des Todes des Opfers	262
3. Teil: Empirische Erkenntnisse zur Reform des Sexualstrafrechts	265
A. Erkenntnisse zu Tatbeteiligten und Tatsituationen	265
I. Beteiligte	265
1. Tatverdächtige	265
2. Geschädigte	267
3. Vorbeziehungen der Beteiligten	268
II. Tatsituationen	270
B. Verfolgte Sachverhalte	271
I. Sexuelle Handlungen	271
1. Angezeigte Sexualkontakte	271
2. Die Erheblichkeitsschwelle in § 184h StGB	275
II. Der entgegenstehende Wille	279
1. Verbale Ablehnung und Anforderungen an die Erkennbarkeit des Gegenwillens	280
2. Abwehrreaktionen	284
3. Nachweis des Tätervorsatzes	286
4. Relevanz von Täuschungen	289

III. Innere autonomieeinschränkende Faktoren	291
1. Ausschluss der Willensbildungs- und -äußerungsfähigkeit	292
a) Intoxikation	292
aa) Nachweis eines tatbestandsmäßigen Verhaltens	294
bb) Erinnerungslücken der Geschädigten	296
b) Geschädigte mit geistigen Behinderungen	298
c) Psychische Erkrankungen	300
d) Psychische Ausnahmesituationen und Schockzustände	303
2. Sexuelle Übergriffe bei eingeschränkter Willensbildungs- oder -äußerungsfähigkeit	305
3. Sexuelle Übergriffe unter Ausnutzung eines Überraschungsmoments	306
IV. Äußere autonomieeinschränkende Faktoren	308
1. Angewandte Nötigungsmittel	308
a) Gewalt	309
aa) Formen der Gewaltanwendung	309
bb) Zeitpunkt der Gewaltanwendung	312
b) Drohung	313
c) Schutzlose Lage	315
d) Fälle eines „Klimas der Gewalt“	316
2. Wegfall des Nötigungselements	317
3. Entgegenstehender Wille bei eingesetzten Nötigungsmitteln	317
C. Durchführung der Ermittlungsverfahren	319
I. Anfangsverdacht	319
1. Anzeigerstattung	319
2. Identifikation des Beschuldigten	320
3. Zeitpunkt der Anzeigerstattung	321
II. Zentrale Bedeutung der Opferaussage	322
1. Anforderungen der Staatsanwaltschaften an die Opfervernehmung	324
a) Inhaltliche Ansprüche an die Opferaussagen	324
aa) Detailreichtum	325
bb) Aussagekonstanz	327
b) Erfordernis von Nachvernehmungen	329

2. Aussagen aus den untersuchten Akten	330
a) Erstaussage	330
b) Vernehmungstechnik	332
c) Zweite Vernehmung	334
3. Besondere Herausforderungen bei der Aufklärung	336
a) Serienmäßige Übergriffe über einen längeren Zeitraum	336
b) Länger zurückliegende Taten	338
4. Die Rolle von Videovernehmungen	341
a) Polizeiliche Videovernehmungen	342
b) Richterliche Videovernehmungen	343
aa) Minderjährige Geschädigte	343
bb) Erwachsene Opferzeugen	345
aaa) Voraussetzungen	345
bbb) Vernehmungsersetzende Funktion	346
ccc) Beweissichernde Funktion	347
5. Glaubwürdigkeitsbegutachtungen von Opferzeugen	348
III. Verteidigungsstrategien des Beschuldigten	349
1. Schweigen oder Bestreiten	350
2. Schilderungen einvernehmlicher Handlungen	351
3. Diskreditierung der Opfer	352
4. Geständnisse	356
IV. Weitere Beweismittel	356
1. Ärztliche Untersuchungen	357
2. DNA-Spuren	358
3. Chatprotokolle	359
4. Videoaufzeichnungen	361
5. Zeugen	363
a) Unterstützende Funktion der Aussagen der Zeugen vom Hörensagen	363
b) Beeinflussung der Opferaussage durch Dritte	365
V. Zwangsmittel	366
1. Zwangsmittel gegen Tatverdächtige	366
2. Zwangsmittel gegen Opferzeugen	367

VI. Abschluss des Ermittlungsverfahrens	370
1. Einstellungen gem. § 170 Abs. 2 StPO	371
a) In der Geschädigtenaussage liegende Einstellungsgründe	373
aa) Fehlende Aussagebereitschaft der Geschädigten	374
bb) Geringe Aussagequalität	374
cc) Innere Widersprüchlichkeiten in der Aussage	375
dd) Tatvorwurf erwiesen unwahr	376
b) Tat nicht abschließend aufklärbar	377
c) (Reine) Aussage-gegen-Aussage-Konstellationen	378
d) Einstellungen mangels Tatbestandsmäßigkeit des Verhaltens	379
aa) Keine Schilderung einer Nötigung	380
bb) Fehlende Erkennbarkeit des entgegenstehenden Willens	384
2. Anklageerhebung	384
D. Gerichtsverfahren und Sanktionen	387
I. Die Rolle der Geschädigten im Verfahren	387
II. Die Rolle des Beschuldigten	391
III. Entscheidungen der Gerichte	393
1. Verfahrenseinstellung	393
2. Freisprüche	394
3. Verurteilung	395
a) Bejahte Tatbestände	395
b) Vergewaltigung	397
aa) Annahme einer Vergewaltigung durch Gerichte	397
bb) Vergewaltigungsbegriff	399
c) Strafzumessung und Sanktionen	401
E. Falsche Verdächtigungen und Vortäuschen von Straftaten	403
4. Teil: Bewertung des geltenden Rechts	405
A. Die materielle Rechtslage	405
I. Bewertung der neu eingeführten Tatbestände	405
1. Die Einführung der „Nein heißt Nein“-Lösung	405
a) Implementierung eines Ablehnungsmodells	405
b) Konkrete Ausgestaltung und Anwendung der Norm	407
aa) Erkennbarkeit des Gegenwillens	407

bb) Umgang mit Täuschungen	408
2. Missbrauchstatbestände	409
a) Geänderter Bezugspunkt des Missbrauchs in § 177 Abs. 2 Nr. 1 StGB	409
b) Eingeschränkte „(Nur) Ja heißt Ja“-Lösung in § 177 Abs. 2 Nr. 2 StGB	410
c) Pönalisierung des Überraschungsmoments	411
3. Nötigungstatbestände	412
II. Auswirkungen auf bereits bestehende Regelungen	413
1. Auslegung der Erheblichkeitsschwelle	413
2. Die Ausgestaltung des § 177 Abs. 5 StGB als Qualifikationstatbestand	414
3. Ausweitung des Vergewaltigungsbegriffs	415
B. Strafverfolgung sexueller Übergriffe	418
I. Die Bedeutung der Aussage der Geschädigten	418
II. Problematiken des Tatnachweises	420
III. Erledigung der Verfahren	421
5. Teil: Vorschläge für Reformen zum strafrechtlichen Schutz der sexuellen Selbstbestimmung	423
A. Erweiterungen des Sexualstrafrechts	423
I. Einführung einer „(Nur) Ja heißt Ja“-Lösung	423
1. Auswirkungen auf Ermittlungsverfahren und Vernehmungssituationen	424
2. Für und Wider einer materiell-rechtlichen Strafbarkeit	425
a) Reichweite eines Tatbestands nach dem „(Nur) Ja heißt Ja“-Grundsatz	426
b) Ahndungspotential vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse	428
c) Strafwürdigkeit der von einem ZustimmungsmodeLL erfassten Fälle	429
aa) Perspektive desjenigen, mit dem der Sexualkontakt vorgenommen wird	430
bb) Perspektive des Normadressaten	433
d) Zwischenergebnis	435
3. Fazit	436

II. Strafbarkeit von durch Täuschung erschlichenen	
Sexualkontakte	436
1. Durch Täuschung zustande gekommene Sexualkontakte	436
2. Täuschungen hinsichtlich der möglichen Folgen eines Sexualkontakts	438
a) Lügen über eine Empfängnisverhütung, Unfruchtbarkeit oder Zeugungsunfähigkeit	439
b) Verschweigen einer Geschlechtskrankheit	441
3. Weitere Fehlvorstellungen und Irrtümer	442
III. Pönalisierung von Machtmissbrauch in Abhängigkeitsverhältnissen	442
IV. Implementierung eines fahrlässigen Sexualdelikts	446
1. Verletzung eines bedeutenden Rechtsguts	448
2. Sorgfaltspflichtverletzung von hinreichender Schwere	449
a) Bisherige Diskussion um die Sorgfaltspflichtverletzung	449
b) Stellungnahme	450
aa) Fahrlässige Verkennung eines nicht gewollten Sexualkontakts	451
bb) Fahrlässiges Ausnutzen autonomieeinschränkender Faktoren	453
3. Praxistauglichkeit einer Fahrlässigkeitsstrafbarkeit	454
V. Ergebnis	456
B. Änderungen an der bisher geltenden Rechtslage	456
I. Änderungsbedarf in § 177 StGB	456
1. Grundtatbestände	457
a) Sexuelle Nötigung	457
aa) Gewalt	458
bb) Drohungen	459
cc) Schutzlose Lagen	459
dd) Fälle des Klimas der Gewalt	460
b) Sexueller Missbrauch	460
c) Sexueller Übergriff	461
2. Qualifikationstatbestände	463
a) Vergewaltigung	463
b) Gemeinschaftlichkeit	464
c) Beisichführen oder Einsatz von Waffen und gefährlichen Werkzeugen	464

d) Gefahren für die Gesundheit und das Leben	464
II. Definition der sexuellen Handlung in § 184h StGB	465
C. Gesetzesvorschlag	465
D. Möglichkeiten zur Verbesserung der Strafverfolgung	468
I. Personelle Ausstattung der Strafverfolgung	469
II. Spezialzuständigkeiten bei Gerichten	472
Ausblick	475
Literaturverzeichnis	477
Annex: Interviewleitfaden Staatsanwälte	499